

Die kommunalpolitische Schwächung der Münchner SPD seit 2008

Entwicklung und Ursachen

Im Folgenden untersuche ich die Gründe für den an den Stadtrats- und Bezirksausschusswahlergebnissen ablesbaren Niedergang der Münchner SPD. Die Oberbürgermeisterwahlen folgen teilweise eigenen Logiken und werden deshalb nur dort einbezogen, wo sie für Mobilisierung und politische Erzählung relevant sind.

Ich beginne bewusst mit dem Jahr 2008. Damals erreichte die SPD bei der Stadtratswahl 39,8 Prozent und war noch die führende kommunalpolitische Kraft. Zugleich hatten sich seit Beginn der 1990er Jahre bereits strukturelle Veränderungen in Wirtschafts- und Berufsstruktur sowie in den soziokulturellen Milieus vollzogen. Diese Veränderungen schlugen sich zunächst noch nicht entsprechend stark in den Wahlergebnissen nieder.

1. Vom Ende sozialdemokratischer Hegemonie zur pluralisierten Stadtpolitik

2008 verfügte die SPD unter Oberbürgermeister Christian Ude noch über eine breite politische Führungsposition. Mit den Grünen als Juniorpartner verkörperte sie ein Projekt behutsamer sozial-ökologischer Modernisierung auf der Grundlage einer leistungsfähigen kommunalen Infrastruktur. Ihre Stärke beruhte darauf, unterschiedliche soziale Gruppen miteinander verbinden zu können: verschiedene Arbeitsmilieus, kommunale Beschäftigte, Teile der Mittelschichten sowie Teile der kulturellen Öffentlichkeit.

Die Stadtratswahl 2014 markierte einen ersten deutlichen Einschnitt. Die SPD fiel auf 30,8 Prozent, während die Grünen nur moderat von 13,0 auf 16,6 Prozent zulegten. Die CSU stieg von 27,7 auf 32,6 Prozent. Die anschließende Kooperation von SPD und CSU unter Oberbürgermeister Dieter Reiter war vor allem ein Regierungsarrangement. Ein gemeinsames gesamtstädtisches Zukunftsprojekt war kaum erkennbar. Die gute Haushaltslage erleichterte Kompromisse, ersetzte aber keine gemeinsame politische Entwicklungsrichtung.

2020 wurde der Verlust sozialdemokratischer Führungsfähigkeit offen sichtbar. Die SPD erreichte nur noch 22,0 Prozent. Die Grünen steigerten sich dagegen von 16,6 auf 29,1 Prozent und wurden stärkste Kraft; die CSU fiel auf 24,7 Prozent. Die grün-rote Kooperation von 2020 bis 2026 blieb politisch handlungsfähig, entwickelte aber ebenfalls kein gemeinsames Projekt, das der Stadtgesellschaft eine überzeugende Entwicklungsrichtung vermittelt hätte.

Bei der Stadtratswahl 2026 sank die SPD weiter auf 19,2 Prozent. Die Grünen gingen auf 26,5 Prozent zurück, die CSU blieb mit 24,9 Prozent nahezu stabil. Die übrigen Parteien und Listen gewannen weiter an Gewicht. Damit setzte sich die seit 2014 erkennbare Pluralisierung des Münchner Parteiensystems fort.

Die Entwicklung der SPD in Zahlen

Stadtratswahl 2008: 39,8 %

Stadtratswahl 2014: 30,8 %

Stadtratswahl 2020: 22,0 %

Stadtratswahl 2026: 19,2 %

Innerhalb von 18 Jahren hat sich der Stimmenanteil der SPD damit mehr als halbiert. Noch deutlicher wird der räumliche Hegemonieverlust bei den Bezirksausschüssen: 2008 lag die

SPD in 21 Bezirksausschüssen vorne, 2014 noch in neun, 2020 in zwei und 2026 in keinem mehr. Die SPD ist damit in keinem Stadtbezirk mehr die dominante Partei.

Der Bedeutungsverlust war kein plötzlicher Vorgang. Er entwickelte sich über einen längeren Zeitraum und beschleunigte sich spätestens 2020. Die SPD war immer weniger in der Lage, die sich ausdifferenzierenden sozialen Milieus in ein gemeinsames politisches Projekt zu integrieren. Aus der früheren gesamtstädtischen Dominanz entstand eine räumlich differenzierte Konstellation: grüne Vorherrschaft in Teilen der urbanen Kernstadt, CSU-Stärke in mehreren bürgerlich geprägten Außenbezirken und umkämpfte sozial gemischte Räume, in denen die SPD teilweise noch überdurchschnittlich abschneidet, ohne hegemonial zu sein.

In den Koalitionen seit 2014 gelang es der SPD zudem kaum, eine klare Vorstellung davon zu vermitteln, wohin sich München entwickeln sollte. Die Stadt wurde im Grundsatz – auch in Krisenzeiten – handlungsfähig verwaltet. Regierungsfähigkeit ist jedoch nicht dasselbe wie gesellschaftliche Führungsfähigkeit. Die Wahlkampfbotschaft 2026 „Reiter. München. Passt.“ konnte unter Bedingungen hoher Mieten, steigender Lebenshaltungskosten und anhaltender Verkehrsprobleme leicht als Versprechen des Weiter-so verstanden werden.

2. Aufstieg der Grünen und relative Stabilität der CSU

Die Grünen

Stadtratswahl 2008: 13,0 %

Stadtratswahl 2014: 16,6 %

Stadtratswahl 2020: 29,1 %

Stadtratswahl 2026: 26,5 %

Die Grünen haben ihren Stimmenanteil seit 2008 ungefähr verdoppelt. Bei den Bezirksausschüssen lagen sie 2008 in drei, 2014 in fünf und 2020 sowie 2026 jeweils in 15 Bezirken vorne. Ihre Hochburgen liegen vor allem in innerstädtischen, akademisch geprägten Räumen mit hoher Bildung, kultureller Liberalität und vielfach überdurchschnittlichen Einkommen. Dort verbinden sich urbane Modernisierung, hohe Wohnkosten, ökologische Orientierungen und spezifische Lebensstile zu einem für die Grünen günstigen politischen Terrain.

Diese grüne Hegemonie ist allerdings nicht unangefochten. 2026 gewannen die Grünen zwar viele Stimmen aus dem früheren Nichtwahlbereich, verloren zugleich aber erhebliche Stimmenpotentiale an Volt und die Linke. Das zeigt, dass gerade die urbanen Kernmilieus politisch beweglich bleiben.

Der grüne OB-Wahlkampf 2026 war mit dem Motto „Es geht mehr“ und dem Versprechen von 50.000 neuen Wohnungen stärker zukunftsorientiert als die SPD-Kampagne. Einzelne Versprechen mögen unrealistisch gewesen sein; strategisch entscheidend war, dass eine Zukunftserzählung angeboten wurde.

Die CSU

Stadtratswahl 2008: 27,7 %

Stadtratswahl 2014: 32,6 %

Stadtratswahl 2020: 24,7 %

Stadtratswahl 2026: 24,9 %

Die CSU ist im Vergleich zu 2008 nur moderat geschrumpft. Bei den Bezirksausschüssen lag sie 2008 in vier, 2014 in 13, 2020 in acht und 2026 in zehn Bezirken vorne. Ihre Hochburgen liegen weiterhin in stärker eigentumsorientierten, bürgerlichen und randstädtischen

Strukturen. Sie besitzt dort eine stabile räumliche Teilhegemonie, ohne gesamtstädtisch eine vergleichbare Führungsrolle auszuüben.

Auch die CSU entwickelte 2026 keine überzeugende gesamtstädtische Zukunftsperspektive. Ihre relative Stabilität beruht deshalb weniger auf einem neuen hegemonialen Projekt als auf ihrer weiterhin belastbaren Verankerung in bürgerlich-konservativen und eigentumsorientierten Milieus.

3. Sozialstruktureller Wandel als verändertes politisches Terrain

Für die Erklärung der langfristigen Verschiebung der Münchner Parteienlandschaft ist die Veränderung der Berufs- und Klassenstruktur von besonderer Bedeutung. Eine wichtige empirische Grundlage bietet der 2025 erschienene Aufsatz von Daniel Oesch, Katy Morris und Gina-Julia Westenberger, „Polarised upgrading: the changing occupational structure of large cities in Germany and the UK, 1991–2021“. Die Autoren untersuchen die zehn größten Städte Deutschlands und Großbritanniens über drei Jahrzehnte und fragen, ob Großstädte vor allem durch eine Polarisierung zwischen hochqualifizierten und niedrig entlohnenden Tätigkeiten oder durch eine allgemeine Aufwertung ihrer Berufsstruktur geprägt sind.

Datengrundlage und Klassenschema bei Oesch et al.

Für Deutschland verwenden Oesch et al. die Stichprobe der Integrierten Erwerbsbiografien (SIAB) des IAB. Sie beruht auf einer 2-Prozent-Zufallsstichprobe der im deutschen Sozialversicherungssystem registrierten Personen. Erfasst wird für die deutschen Städte der Arbeitsort. Beamte und Selbständige sind nicht enthalten. Die Autoren weisen darauf hin, dass abhängig Beschäftigte 1993 rund 83 Prozent und 2021 rund 82 Prozent der deutschen Erwerbsbevölkerung ausmachten. Die Untersuchung umfasst sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Alter von 17 bis 62 Jahren; die analytische Gesamtstichprobe für Deutschland beträgt 512.567 Personen im Jahr 1993 und 616.771 Personen im Jahr 2021. Die Berufe werden auf Basis der KldB 88 zu 114 konsistent über die Zeit vergleichbaren Berufsgruppen zusammengeführt.

Oesch et al. unterscheiden fünf hierarchisch geordnete Berufsklassen: (1) Manager und Professionals als obere bzw. obere Mittelschicht; (2) Associate Professionals, Technicians und Associate Managers als Mittelschicht; (3) administrative Beschäftigte wie Büroangestellte und Sekretariatsberufe als untere Mittelschicht; (4) Produktionsbeschäftigte – darunter Handwerker, Anlagen- und Maschinenbediener, Montage- und landwirtschaftliche Berufe – als „alte“ Arbeiterklasse; und (5) personenbezogene Dienstleistungs- und Verkaufsberufe als „neue“ Arbeiterklasse.

Dass diese Einteilung nicht nur eine formale Berufsklassifikation ist, zeigt die Einkommenshierarchie im Originalaufsatz. Für Deutschland liegt das durchschnittliche Einkommen der Professionals und Manager 2021 bei 143 Prozent des nationalen Durchschnitts, das der Associate Professionals und Technicians bei 102 Prozent, das der Büro- und Verwaltungsbeschäftigten bei 95 Prozent, das der Produktionsbeschäftigten bei 85 Prozent und das der Service- und Verkaufsbeschäftigten bei 68 Prozent. Die unterste dieser fünf Klassen erzielt damit im Durchschnitt weniger als die Hälfte des Einkommensniveaus der obersten Klasse.

München 2021: außergewöhnlich starkes berufliches Upgrading

Für München ist der Befund besonders deutlich. Oesch et al. weisen für 2021 aus, dass Manager und Professionals zusammen mit Associate Professionals und Technicians 59 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung ausmachen. Unter den untersuchten deutschen Großstädten ist dies der höchste Wert. Frankfurt und Stuttgart folgen mit jeweils 56 Prozent. Dortmund und Essen liegen dagegen bei jeweils 45 Prozent.

Auf der anderen Seite machen Produktionsbeschäftigte sowie Service- und Verkaufsbeschäftigte – also die von Oesch et al. zusammengefasste alte und neue Arbeiterklasse – in München 2021 nur noch 24 Prozent der Beschäftigung aus. Zum Vergleich: In Dortmund sind es 39 Prozent, in Essen 34 Prozent, in Frankfurt 28 Prozent und in Stuttgart 27 Prozent. Da die beiden oberen Gruppen in München 59 Prozent und die beiden Arbeiterklassen 24 Prozent ausmachen, verbleiben rechnerisch 17 Prozent für die untere Mittelschicht der Büro- und Verwaltungsbeschäftigten. Dieser 17-Prozent-Wert ist eine aus den im Aufsatz ausdrücklich genannten Aggregaten abgeleitete Größe, nicht ein separat im Fließtext ausgewiesener Originalwert.

Die zentrale Aussage des Aufsatzes ist deshalb für München nicht eine einfache Polarisierung zwischen einer wachsenden akademischen Elite und einer ebenfalls stark wachsenden Niedriglohnklasse. München gehört vielmehr zu den deutschen Städten, in denen die Verschiebung nach oben besonders ausgeprägt und die Polarisierung vergleichsweise schwach ist.

Die Veränderungsdynamik 1993–2021

Noch aussagekräftiger als die Struktur im Jahr 2021 ist die Veränderung seit 1993. Die Zahl der Beschäftigten in professionellen und managerialen Berufen stieg in München zwischen 1993 und 2021 um 110 Prozent. Das ist der stärkste Zuwachs unter den von Oesch et al. untersuchten deutschen Großstädten. Berlin folgt mit 105 Prozent, Hamburg mit 96 Prozent und Köln mit 95 Prozent. Am anderen Ende liegen Leipzig mit 56 Prozent und Essen mit 50 Prozent.

Gleichzeitig ging die Beschäftigung in Produktionsberufen in München um 37 Prozent zurück. Nur Berlin weist mit minus 40 Prozent einen noch stärkeren Rückgang auf. Für Deutschland insgesamt beträgt der Rückgang der Produktionsbeschäftigung lediglich 16 Prozent. München hat sich damit erheblich schneller deindustrialisiert als der deutsche Arbeitsmarkt insgesamt.

Bei Associate Professionals und Technicians liegen die Wachstumsraten in den deutschen Großstädten nach Oesch et al. zwischen 65 und 95 Prozent. Für Service- und Verkaufsbeschäftigte beträgt der Zuwachs in den meisten deutschen Großstädten etwa 15 bis 25 Prozent. Entscheidend für München ist jedoch, dass dieser absolute Zuwachs der Dienstleistungsbeschäftigung deutlich hinter dem Wachstum der oberen Berufsklassen zurückbleibt.

Wenn die Autoren das allgemeine Beschäftigungswachstum herausrechnen und die Veränderung der Anteile betrachten, wird dieser Befund noch klarer. In den sieben größten deutschen Städten nahm der Beschäftigungsanteil von Professionals und Managern um 8 bis 12 Prozentpunkte zu. Für München sank dagegen der Anteil der Service- und Verkaufsbeschäftigten um 2 Prozentpunkte. Auch Berlin verzeichnete hier minus 2 Prozentpunkte. Gerade dieser Befund widerspricht einer einfachen These, nach der das Wachstum hochbezahlter urbaner Berufe automatisch ein starkes Wachstum niedrig bezahlter persönlicher Dienstleistungen erzeugt.

Upgrading statt klassischer Polarisierung

Oesch et al. bezeichnen das übergreifende Muster als „polarised upgrading“ – als berufliche Aufwertung mit einer polarisierenden Komponente. Für Deutschland fällt diese polarisierende Komponente jedoch schwächer aus als in Großbritannien. München und Berlin gehören innerhalb Deutschlands gerade zu den Fällen, in denen das Upgrading besonders stark und die Polarisierung besonders gering ist.

Die Autoren überprüfen dieses Ergebnis zusätzlich mit einer zweiten Methode. Sie ordnen die Berufe nach ihren Medianlöhnen und teilen sie in fünf gleich große nationale

Einkommensquintile. Auch dabei zeigt sich für Deutschland das stärkste Beschäftigungswachstum im obersten Quintil. Während in Dortmund, Frankfurt und Leipzig auch die unteren Quintile vergleichsweise deutlich wachsen und damit eine stärker polarisierte Struktur entsteht, überragt in München und Berlin das Wachstum im obersten Quintil das schwache Wachstum in den unteren Quintilen bei weitem. Oesch et al. kommen deshalb ausdrücklich zu dem Ergebnis, dass München und Berlin zu den deutschen Großstädten gehören, die in den vergangenen drei Jahrzehnten am wenigsten eine klassische Polarisierung ihrer Beschäftigungsstruktur erfahren haben.

Auch eine Beschränkung der Analyse auf den Zeitraum 2000 bis 2021 verändert das Ergebnis nach Angaben der Autoren nicht. Die Entwicklung ist also nicht lediglich ein Effekt der besonderen Umbrüche der 1990er Jahre. Die großen deutschen Städte – und insbesondere Berlin – erzeugten auch nach 2000 überproportional viele Arbeitsplätze für Professionals, Manager, Associate Professionals und Technicians, während Produktions- und Büroarbeitsplätze stagnierten beziehungsweise zurückgingen und Serviceberufe nur schwach zunahmen.

Was diese Befunde für die Münchner Parteienkonkurrenz bedeuten

Für die politische Analyse Münchens ist zunächst wichtig, die Reichweite dieser Daten korrekt zu bestimmen. Oesch et al. untersuchen Berufs- und Beschäftigungsstrukturen, nicht Wahlverhalten. Aus ihren Daten folgt daher nicht, dass Professionals oder Associate Professionals automatisch grün und Produktionsbeschäftigte automatisch SPD wählen. Ein solcher Schluss wäre empirisch unzulässig.

Die Studie zeigt jedoch sehr präzise, wie stark sich das gesellschaftliche Terrain verändert hat, auf dem die Münchner Parteien um politische Bindung und Hegemonie konkurrieren. Eine Stadt, in der 2021 bereits 59 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung auf die beiden oberen Berufsklassen entfallen und nur noch 24 Prozent auf Produktions- sowie Service- und Verkaufsbeschäftigte, unterscheidet sich sozialstrukturell grundlegend von der Großstadt der frühen 1990er Jahre.

Hinzu kommt die außergewöhnliche Dynamik: plus 110 Prozent bei Professionals und Managern und minus 37 Prozent bei Produktionsbeschäftigten zwischen 1993 und 2021. Der politische Raum, in dem die Münchner SPD ihre frühere Dominanz aufgebaut hatte, ist damit nicht verschwunden, aber tiefgreifend umgebaut worden. Die klassische industrielle Arbeiterbasis ist kleiner geworden, während hochqualifizierte Angestellten- und Expertenmilieus stark gewachsen sind.

Dies schafft günstigere strukturelle Voraussetzungen für Parteien, die Themen wie urbane Modernisierung, ökologische Transformation, Bildung, Wissenschaft, kulturelle Liberalität und hochqualifizierte Dienstleistungsökonomien glaubwürdig repräsentieren. Dass die Grünen in München gleichzeitig stark gewachsen sind, ist deshalb theoretisch plausibel. Die Oesch-Daten beweisen aber nicht, dass der Berufsstrukturwandel allein den grünen Aufstieg verursacht hat.

Für die SPD liegt die strategische Schwierigkeit tiefer. Ihre historische Stärke bestand gerade darin, unterschiedliche Gruppen in einem gemeinsamen Projekt zu verbinden: Produktionsbeschäftigte und einfache Angestellte ebenso wie Facharbeiter, kommunale Beschäftigte, technische Experten, Lehrerinnen und Lehrer und sozial orientierte akademische Mittelschichten. Das Münchner Upgrading bedeutet deshalb nicht, dass die SPD nur eine schrumpfende Arbeiterklasse zurückgewinnen müsste. Sie muss vielmehr in einer stark aufgewerteten Berufsstruktur eine neue Verbindung zwischen unterschiedlichen Gruppen von Lohnabhängigen herstellen.

Gerade die Oesch-Kategorie der Associate Professionals und Technicians ist dafür politisch interessant. Zu ihr gehören in Deutschland nach der Studie unter anderem

Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, Pflegekräfte und Erzieherinnen und Erzieher. Diese Gruppe liegt beim Einkommen mit 102 Prozent ungefähr auf dem nationalen Durchschnitt und gehört zugleich zur stark gewachsenen qualifizierten Mitte. Sie ist weder mit einer traditionellen Industriearbeiterschaft noch mit einer hochbezahlten akademischen Elite gleichzusetzen. Für eine moderne sozialdemokratische Koalition kann gerade diese qualifizierte, häufig lohnabhängige Mitte von großer Bedeutung sein.

Auch die oberste Oesch-Klasse darf politisch nicht pauschal den Grünen oder der CSU zugerechnet werden. Professionals und Manager erzielen zwar im deutschen Durchschnitt 143 Prozent des Durchschnittseinkommens, umfassen aber sehr unterschiedliche Berufe – im deutschen Datensatz beispielsweise IT-Fachkräfte, Führungskräfte und Ingenieure. Ein Teil dieser wachsenden Gruppe kann aufgrund von Wohnkosten, öffentlicher Infrastruktur, Kinderbetreuung, Mobilität und sozialer Sicherheit durchaus für sozialdemokratische Angebote ansprechbar sein.

Umgekehrt ist die von Oesch et al. als „neue Arbeiterklasse“ bezeichnete Gruppe der Service- und Verkaufsbeschäftigten trotz ihres relativ geringen Einkommensniveaus von 68 Prozent des nationalen Durchschnitts in München nicht stark genug gewachsen, um von einer ausgeprägten urbanen Polarisierung sprechen zu können. Politisch bleibt sie dennoch bedeutsam, weil hohe Münchner Wohn- und Lebenshaltungskosten gerade bei niedrigeren und mittleren Einkommen besonderen Druck erzeugen.

Politische Schlussfolgerung aus Oesch et al.

Der Aufsatz von Oesch, Morris und Westenberger widerspricht für München einer einfachen Formel „zurück zur Arbeiterpartei“. Das starke berufliche Upgrading hat die Zusammensetzung der lohnabhängigen Bevölkerung verändert und damit auch die Voraussetzungen sozialdemokratischer Bündnispolitik.

Politisch relevant sind deshalb weniger identische Klassenlagen als gemeinsame urbane Abhängigkeiten: bezahlbares Wohnen, verlässliche Infrastruktur, gute Schulen und Kitas, öffentlicher Verkehr und soziale Dienstleistungen. Diese Interessen können sehr unterschiedliche Gruppen von Lohnabhängigen verbinden.

Quelle dieses Abschnitts: Daniel Oesch, Katy Morris und Gina-Julia Westenberger (2025): „Polarised upgrading: the changing occupational structure of large cities in Germany and the UK, 1991–2021“, Journal for Labour Market Research, 59, Artikel 32, S. 1–21, DOI 10.1186/s12651-025-00420-2. Besonders relevant sind S. 4–11 (Datengrundlage, Klassenschema und Ergebnisse).

4. Die Kommunalwahl 2026 als empirischer Test der Struktur- und Hegemonieanalyse

Die sozialstrukturellen Befunde von Oesch et al. erklären noch kein konkretes Wahlergebnis. Sie beschreiben das veränderte gesellschaftliche Terrain, auf dem Parteien um Bindung und politische Führung konkurrieren. Um zu prüfen, wie sich dieses Terrain bei der Kommunalwahl 2026 tatsächlich politisch ausdrückte, werden im Folgenden drei empirische Ebenen miteinander verbunden: erstens die amtlichen Stadtrats- und Bezirksausschussergebnisse, zweitens die eigene ökologische Stadtbezirksanalyse nach Einkommen, Einkunftsarten, Bildung, Migration und Sozialstruktur sowie drittens die vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt München veröffentlichte Stimmenwanderungsanalyse zwischen 2020 und 2026.

4.1 Das gesamtstädtische Ergebnis 2026

Bei der Stadtratswahl 2026 erreichten die Grünen 26,5 Prozent, die CSU 24,9 Prozent und die SPD 19,2 Prozent. Die Linke kam auf 6,6 Prozent, die AfD auf 5,9 Prozent, Volt auf 4,7

Prozent und die FDP auf 3,4 Prozent. Damit blieb die SPD deutlich unter den beiden führenden Parteien. Gegenüber 2008, als sie noch 39,8 Prozent erreicht hatte, hat sich ihr Stimmenanteil innerhalb von 18 Jahren mehr als halbiert.

Die langfristige Entwicklung zeigt zugleich eine deutliche Pluralisierung des Parteiensystems. Die Zeit, in der CSU und SPD gemeinsam regelmäßig deutlich mehr als zwei Drittel der Stimmen auf sich vereinigten, ist vorbei. 1990 bis 2002 lagen beide Parteien zusammen zwischen 69,8 und 77,9 Prozent. 2026 entfielen dagegen rund 30 Prozent der Stimmen auf Parteien und Listen außerhalb von CSU, Grünen und SPD.

Auch die Bezirksausschusswahlen machen den Verlust räumlicher Dominanz sichtbar. Die SPD lag 2008 noch in 21 Bezirksausschüssen vorne, 2014 in neun, 2020 in zwei und 2026 in keinem mehr. Die Grünen führten 2020 und 2026 jeweils in 15 Bezirksausschüssen, die CSU 2026 in zehn. Damit ist München heute nicht mehr durch eine gesamtstädtisch dominante Partei geprägt, sondern durch unterschiedliche räumliche Teilhegemonien.

4.2 Die amtliche Stimmenwanderung: Das Hauptproblem der SPD ist Bindungsverlust

Besonders aufschlussreich ist die amtliche Stimmenwanderungsanalyse des Statistischen Amtes. Da bei der Münchner Stadtratswahl jede wahlberechtigte Person bis zu 80 Stimmen kumulieren und panaschieren kann, handelt es sich methodisch nicht um eine Wanderung einzelner Wählerinnen und Wähler, sondern faktisch um eine modellierte Stimmenwanderung. Auch nicht vergebene Stimmen werden berücksichtigt. Diese Einschränkung ist wichtig; die Größenordnungen erlauben dennoch eine präzise Analyse der Bindungs- und Mobilisierungsprobleme der Parteien.

Für die SPD ist der zentrale Befund eindeutig: Rund 1.706.300 Stimmen, die 2020 noch auf die SPD entfallen waren, wurden 2026 weder erneut an die SPD noch an eine andere Partei vergeben. Insgesamt verlor die SPD gegenüber 2020 umgerechnet rund 543.500 Stimmen. Gleichzeitig gewann sie jedoch rund 940.700 frühere CSU-Stimmen und weitere rund 251.400 frühere Grünen-Stimmen. Die SPD verlor damit nicht primär deshalb, weil große Teile ihres früheren Stimmenpotentials geschlossen zu einer bestimmten Konkurrenzpartei wechselten, sondern vor allem, weil sie einen erheblichen Teil ihres eigenen früheren Potentials nicht erneut mobilisieren konnte.

Diese Diagnose wird durch die Haltequote bestätigt. 63,7 Prozent der 2020 für die SPD abgegebenen Stimmen blieben 2026 bei der SPD. Nur 9,5 Prozent wanderten zu anderen Parteien; 26,8 Prozent wurden nicht erneut vergeben. Umgekehrt setzten sich die SPD-Stimmen von 2026 zu 67,9 Prozent aus bereits 2020 sozialdemokratischen Stimmen, zu 24,2 Prozent aus früheren Stimmen anderer Parteien und lediglich zu 7,9 Prozent aus Stimmen zusammen, die 2020 nicht vergeben worden waren. Die SPD konnte also durchaus Wechselstimmen gewinnen, war aber schwach bei der Mobilisierung zusätzlicher oder zuvor nicht genutzter Stimmen.

Gerade dieser Befund ist für die Hegemonieanalyse bedeutsam. Eine Partei kann bei einzelnen Konkurrenten Stimmen gewinnen und trotzdem insgesamt verlieren, wenn ihre eigene soziale Bindung und Mobilisierungsfähigkeit erodiert. Der SPD-Verlust 2026 ist deshalb weniger als reine Wählerabwanderung denn als Ausdruck nachlassender gesellschaftlicher Bindekraft zu interpretieren.

4.3 Grüne, CSU, Linke, Volt und AfD in der Stimmenwanderung

Auch die Wanderungsprofile der Konkurrenzparteien zeigen, wie stark sich die politische Struktur Münchens ausdifferenziert hat. Die Grünen konnten nur 51,3 Prozent ihrer Stimmen von 2020 halten. 28,8 Prozent ihrer früheren Stimmen gingen an andere Parteien und 19,9 Prozent wurden 2026 nicht vergeben. Besonders groß waren die Abflüsse an Volt mit rund 1.042.600 Stimmen und an die Linke mit rund 974.800 Stimmen. Gleichzeitig mobilisierten

die Grünen rund 2.588.400 Stimmen, die 2020 nicht vergeben worden waren. Ihr Rückgang auf 26,5 Prozent ist deshalb nicht mit einem einfachen Zusammenbruch ihres urbanen Milieus gleichzusetzen; sie verloren innerhalb des kulturell progressiven Lagers an neue Konkurrenten und konnten zugleich in erheblichem Umfang neu mobilisieren.

Die CSU hielt lediglich 52,0 Prozent ihrer früheren Stimmen. Rund 24,2 Prozent wechselten zu anderen Parteien und 23,8 Prozent wurden nicht erneut vergeben. Besonders auffällig sind die Abflüsse von rund 940.700 Stimmen an die SPD und rund 654.200 Stimmen an die AfD. Dass die CSU trotz dieser beträchtlichen Verluste ihren Stimmenanteil mit 24,9 Prozent nahezu stabil hielt, lag vor allem an der Mobilisierung von rund 2.311.200 Stimmen, die 2020 nicht vergeben worden waren. Ihre relative Stabilität ist somit ebenfalls Ergebnis einer erheblichen Erneuerung ihres Stimmenpotentials und nicht bloß Ausdruck unveränderter Stammwählerschaft.

Die Linke gewann gegenüber 2020 umgerechnet rund 1.519.500 Stimmen hinzu; der größte einzelne Zufluss kam mit rund 974.800 Stimmen von den Grünen. Volt legte um rund 1.305.700 Stimmen zu und gewann ebenfalls vor allem aus dem früheren Grünen-Potential: rund 1.042.600 Stimmen. Damit wird sichtbar, dass sich das kulturell progressive urbane Feld selbst pluralisiert hat. Die Grünen bleiben dort stark, besitzen aber kein Monopol mehr.

Die AfD profitierte besonders von der CSU. Rund 654.200 frühere CSU-Stimmen gingen 2026 an die AfD. Sie weist zugleich mit 68,1 Prozent eine vergleichsweise hohe Haltequote auf. 47,6 Prozent ihrer aktuellen Stimmen waren 2020 noch für eine andere Partei abgegeben worden. Die AfD ist damit in München zwar sozialräumlich begrenzter als CSU oder Grüne, aber keineswegs nur das Ergebnis der Mobilisierung eines unveränderten kleinen Stammsegments.

4.4 Lohnabhängige Prägung und Parteienkonkurrenz

Die Korrelationsanalyse bestätigt für die Münchner Stadtratswahl 2026 eine weiterhin erkennbare sozialstrukturelle Verankerung der SPD in stärker lohnabhängig geprägten Stadtbezirken. Auch AfD und Linke weisen in dieser Richtung positive Zusammenhänge auf. Für die CSU ist der Zusammenhang mit der lohnabhängigen Prägung dagegen negativ, aber deutlich schwächer; bei den Grünen besteht praktisch kein eigenständiger Zusammenhang. Besonders klar hebt sich die FDP ab: Ihre Stärke steht in einem ausgeprägt gegenläufigen Verhältnis zur Dominanz nichtselbständiger Einkünfte.

Politisch ist damit eine einfache Gegenüberstellung von „Arbeitnehmerbezirken“ und „bürgerlichen Bezirken“ nicht ausreichend. Die SPD besitzt zwar noch eine erkennbare Affinität zu lohnabhängig geprägten Sozialräumen, doch diese Räume bilden kein exklusiv sozialdemokratisches Milieu mehr. Gerade dort konkurriert sie zugleich mit Linken und AfD. Der Befund verweist deshalb weniger auf eine geschlossene traditionelle Klassenbasis als auf ein umkämpftes Feld unterschiedlicher Gruppen von Lohnabhängigen.

Für die Hegemonieanalyse ist entscheidend, dass die SPD aus dieser fortbestehenden sozialstrukturellen Nähe keine politische Dominanz mehr ableiten kann. Ihre strategische Aufgabe besteht darin, unterschiedliche Fraktionen der Lohnabhängigen - von Produktions- und Dienstleistungsbeschäftigten über mittlere Angestellte bis zu technischen und qualifizierten Fachkräften - wieder stärker über gemeinsame kommunale Interessen zu verbinden. Dazu gehören insbesondere bezahlbares Wohnen, verlässliche öffentliche Infrastruktur, soziale Dienstleistungen, Mobilität und die Sicherung eines normalen städtischen Lebens durch Erwerbsarbeit.

Die Analyse korrigiert zugleich eine frühere zu pauschale Annahme: Die Grünen sind nicht einfach die Gegenpartei lohnabhängig geprägter Bezirke. Ihre Stärke wird offenbar stärker durch Bildung, Berufsstruktur, urbane Lebensformen und kulturelle Orientierungen vermittelt. Auch bei der CSU reicht die Einkunftsstruktur allein nicht zur Erklärung ihrer räumlichen

Stärke aus. Damit bestätigt sich, dass die Münchner Parteienkonkurrenz durch mehrere gleichzeitig wirkende soziale und kulturelle Konfliktlinien geprägt ist.

4.5 Einkommen, Wohlstand und politische Lagerbildung

Die Einkommens- und Steueranalyse schärft dieses Bild. Für die SPD besteht ein deutlicher negativer Zusammenhang zwischen der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines Stadtbezirks und ihrem Wahlergebnis. Dasselbe Grundmuster zeigt sich bei der AfD, während die Linke ebenfalls eher in diese Richtung tendiert. Am anderen Pol steht besonders deutlich die FDP. Für CSU und Grüne lässt sich dagegen kein vergleichbar eindeutiger Zusammenhang zwischen Wohlstand und Wahlerfolg feststellen.

Damit erweist sich die Vorstellung eines einheitlichen wohlhabenden oder „bürgerlichen“ Münchens als zu undifferenziert. Ökonomisch starke Sozialräume zerfallen politisch in unterschiedliche Teilmilieus. Ein Teil verbindet Wohlstand stärker mit liberaler Wirtschaftsorientierung, ein anderer mit kulturell progressiven und hochgebildeten Lebensformen, wieder ein anderer mit Eigentum, Statussicherung und konservativer Ordnungspolitik. Einkommen allein entscheidet daher weder über grüne noch über christlich-soziale Stärke.

Für die SPD ist der Befund strategisch ambivalent. Einerseits bestätigt sich ihre stärkere Verankerung in mittleren und unteren Einkommenslagen sowie in sozial gemischten Räumen. Andererseits wäre es falsch, daraus eine Strategie abzuleiten, die besserverdienende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer oder die stark gewachsenen qualifizierten Berufsgruppen preisgibt. Gerade die Oesch-Analyse zeigt, dass Münchens Beschäftigungsstruktur langfristig durch occupational upgrading geprägt ist. Eine mehrheitsfähige Sozialdemokratie muss deshalb auch Teile dieser qualifizierten und akademischen Arbeitnehmermittelschichten erreichen.

Die politische Trennlinie sollte folglich nicht schematisch zwischen niedrigen und hohen Einkommen verlaufen. Anschlussfähiger ist die Frage, in welchem Maße unterschiedliche Gruppen trotz Erwerbsarbeit von hohen Wohnkosten, knapper Zeit, fehlender Infrastruktur, Kinderbetreuung, Mobilitätsproblemen und den Kosten gesellschaftlicher Transformation betroffen sind. Auf dieser Grundlage könnte die SPD soziale Gruppen verbinden, die sich hinsichtlich Einkommen, Bildung und Beruf unterscheiden, aber gemeinsame Interessen an einer bezahlbaren und funktionierenden Stadt besitzen.

In der Gesamtbilanz ergänzen sich die Ergebnisse aus 4.4 und 4.5: Die SPD verfügt weiterhin über eine erkennbare soziale Basis in lohnabhängig geprägten und weniger wohlhabenden Sozialräumen, besitzt dort aber keine exklusive Bindung mehr. Gleichzeitig darf sie die wachsenden qualifizierten Arbeitnehmermilieus nicht den Grünen, der CSU oder liberalen Parteien überlassen. Die strategische Aufgabe ist daher nicht die Rückkehr zu einer früheren homogenen Arbeiterbasis, sondern die Bildung einer neuen urbanen Arbeitnehmerkoalition über unterschiedliche Einkommens-, Berufs- und Bildungsgruppen hinweg.

Eine zusätzliche Auswertung der Einkommensteuerstatistik 2021 präzisiert diesen Befund. Die durchschnittliche festzusetzende Einkommen-/Jahreslohnsteuer je Steuerpflichtigem korreliert mit dem SPD-Ergebnis 2026 deutlich negativ (Pearson $r = -0,650$), mit der AfD ebenfalls negativ ($r = -0,573$), mit der FDP dagegen außerordentlich stark positiv ($r = +0,910$). Für Grüne ($r = +0,232$) und CSU ($r = +0,164$) ist der lineare Zusammenhang schwach. Hohe steuerliche Leistungsfähigkeit bildet damit keinen einheitlichen bürgerlichen oder grün-bürgerlichen Block. Sie kennzeichnet vor allem einen wirtschaftsliberalen Wohlstandspol; CSU- und Grünen-Stärke werden offenbar stärker durch andere sozialstrukturelle Merkmale vermittelt.

Für die SPD ist die negative Steuerkorrelation politisch besonders relevant: Ihre verbliebene Stärke liegt eher in mittleren und sozial gemischten als in den ökonomisch privilegiertesten Stadtbezirken. Dieser Zusammenhang ergänzt die Oesch-Analyse: Das starke occupational upgrading Münchens vergrößert zwar qualifizierte und gut verdienende Arbeitnehmergruppen, führt aber nicht automatisch zu einem einheitlichen Wahlverhalten dieser Gruppen.

Die erweiterte Analyse spricht deshalb für drei unterschiedliche Formen wohlhabender bzw. aufgewerteter Stadtbezirke: einen wirtschaftsliberalen Pol, den die extrem hohe Korrelation von Einkommensteuer und FDP ($r = +0,910$) kennzeichnet; einen konservativ-familialen Pol, bei dem CSU-Stärke wesentlich stärker mit Pkw-Besitz, Familienform und geringer Dichte als mit Einkommen selbst zusammenhängt; sowie einen urban-progressiven Pol, bei dem Grüne und Volt vor allem mit Dichte, Singlehaushalten und der erwerbsaktiven Altersstruktur verbunden sind. 'Wohlstand' ist damit wahlsoziologisch keine einheitliche Kategorie.

4.6 Bildung, Migration, Transferbezug und Wahlbeteiligung

Besonders deutlich ist der Zusammenhang mit dem Akademikeranteil. München weist inzwischen eine sehr hohe Akademikerquote unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf. In der eigenen Bezirksanalyse korreliert ein hoher Akademikeranteil besonders positiv mit den Grünen und schwächer positiv mit der CSU; SPD, Linke und AfD weisen in solchen Bezirken tendenziell geringere Anteile auf. Dieser Befund passt zum von Oesch et al. beschriebenen occupational upgrading, darf aber nicht mit ihm gleichgesetzt werden: Oesch misst Berufsklassen, die eigene Analyse Bildungsanteile und Wahlergebnisse.

Bei Migration ergibt sich ein anderes Bild. Stadtbezirke mit hohen Migrationsanteilen weisen in der eigenen Analyse eher höhere Anteile von SPD, AfD und Linken und niedrigere Werte von Grünen und CSU auf. Ein hoher Migrationsanteil ist damit auf Bezirksebene gerade kein einfacher Erklärungsfaktor grüner Stärke. Zugleich ist Migration eng mit anderen Strukturmerkmalen verflochten: Einkommen, Wohnkosten, Transferbezug, Alter, Haushaltsstruktur und Staatsangehörigkeit unterscheiden sich zwischen den Bezirken erheblich.

Für Kommunalwahlen ist zusätzlich zu beachten, dass nicht alle in München lebenden Menschen wahlberechtigt sind. Ende 2025 hatten 30,6 Prozent der Münchner Bevölkerung keine deutsche Staatsangehörigkeit; rund 18,0 Prozent der Bevölkerung waren Nicht-EU-Ausländer und damit bei der Kommunalwahl nicht wahlberechtigt. Ein hoher Anteil solcher Einwohner kann deshalb die soziale Struktur eines Bezirks stark prägen, ohne sich im gleichen Umfang unmittelbar im Wahlergebnis niederschlagen zu können.

Auch der Transfer- und Sozialleistungsbezug zeigt ein klares räumliches Muster. Bezirke mit höheren Anteilen von Transferbeziehenden weisen eher höhere Ergebnisse von AfD, SPD und Linken und niedrigere von CSU und Grünen auf. Dieser Zusammenhang darf nicht individualisiert werden: Aus ihm folgt nicht, dass eine einzelne transferbeziehende Person mit höherer Wahrscheinlichkeit eine bestimmte Partei wählt. Er zeigt vielmehr, dass sozial belastetere Stadtgebiete eine andere Parteienstruktur besitzen als wohlhabende, akademisch geprägte Bezirke.

Für die SPD besonders folgenreich ist die Verbindung mit der Wahlbeteiligung. In der eigenen Analyse weisen Bezirke mit hohen Migrations- und Transferanteilen häufig eine unterdurchschnittliche Beteiligung auf. Bezirke mit hohem Akademikeranteil sind dagegen überdurchschnittlich mobilisiert. Das verschärft die sozialstrukturelle Asymmetrie: Sozialräume, in denen SPD, Linke oder AfD relativ günstige Bedingungen haben, bringen einen geringeren Anteil ihres potentiellen Stimmengewichts zur Wahl als viele bildungsstarke grüne oder bürgerliche Räume. Dieser Bezirksbefund passt zur amtlichen

Stimmenwanderung, nach der die SPD 2026 vor allem ein Mobilisierungs- und Bindungsproblem hatte.

Die aktuellsten verfügbaren Stadtbezirksdaten für 2025 schärfen dieses Bild weiter. Das SPD-Ergebnis korreliert positiv mit dem Anteil der nichtdeutschen Bevölkerung ($r = +0,708$), dem Regelleistungsbezug ($r = +0,679$), dem Anteil der über 65-Jährigen ($r = +0,541$) und der Arbeitslosigkeit ($r = +0,479$), zugleich deutlich negativ mit der Wahlbeteiligung ($r = -0,720$) und mit Einpersonenhaushalten ($r = -0,497$). Die AfD weist besonders starke positive Zusammenhänge mit Regelleistungsbezug ($r = +0,835$) und nichtdeutscher Bevölkerung ($r = +0,775$) sowie eine sehr starke negative Beziehung zur Wahlbeteiligung ($r = -0,833$) auf. Diese ökologischen Zusammenhänge dürfen nicht auf einzelne Transferbeziehende oder Menschen mit Migrationsgeschichte übertragen werden.

Für die Grünen ist die Wahlgeographie nahezu spiegelbildlich: Einpersonenhaushalte korrelieren sehr stark positiv ($r = +0,841$), die Wahlbeteiligung ebenfalls positiv ($r = +0,606$), während der Anteil der über 65-Jährigen ($r = -0,643$) und der Regelleistungsbezug ($r = -0,620$) negativ zusammenhängen. Bei der CSU fällt vor allem der positive Zusammenhang mit dem Anteil der über 65-Jährigen ($r = +0,622$) und die sehr starke negative Korrelation mit Einpersonenhaushalten ($r = -0,817$) auf. Damit werden drei unterschiedliche sozialräumliche Profile sichtbar: ein hochmobilisiertes urban-progressives Feld, ein älter und familial geprägtes konservatives Feld sowie sozial gemischte Räume mit größerem SPD-, Linken- und teilweise AfD-Potential.

4.7 Weitere Sozialindikatoren: Singles, Alter und EU-Ausländer

Weitere Indikatoren differenzieren das Bild. Ein hoher Anteil von Single-Haushalten steht insbesondere in innerstädtischen Bezirken positiv mit dem Grünen-Ergebnis in Zusammenhang. Diese Bezirke sind zugleich häufig jünger, akademischer und kulturell progressiver. Die Single-Quote ist deshalb nicht als isolierte Ursache zu interpretieren, sondern als Bestandteil einer spezifischen urbanen Lebens- und Sozialstruktur.

Stadtbezirke mit höherem Altersdurchschnitt weisen eher höhere CSU-Anteile auf. Bezirke mit niedrigerem Altersdurchschnitt sind günstiger für Grüne, Linke und Volt; ein mittleres Altersprofil ist eher mit der SPD vereinbar. Auch dies unterstützt die These, dass die SPD besonders in sozial und demografisch gemischten Zwischenlagen konkurrenzfähig bleibt.

Bei einem hohen Anteil von EU-Ausländern zeigen sich in der eigenen Analyse eher höhere Werte von SPD, AfD und Linken als von Grünen. Dieser Befund sollte wegen der engen Überlagerung mit Einkommen, Berufsstruktur, Alter und räumlicher Lage vorsichtig interpretiert werden. Er widerspricht aber der vereinfachenden Vorstellung, kosmopolitische Bevölkerungsstruktur führe automatisch zu einem hohen Grünen-Anteil.

Die erweiterte Auswertung fügt zwei bislang unterschätzte Strukturmerkmale hinzu. Erstens ist die Bevölkerungsdichte ein sehr starker politischer Marker: Sie korreliert positiv mit Grünen ($r = +0,842$), Volt ($+0,846$) und Linken ($+0,783$), dagegen deutlich negativ mit CSU ($-0,841$) und AfD ($-0,718$). Die bisherige Unterscheidung zwischen urbaner Kernstadt und Außenbezirken ist damit nicht nur eine kulturelle, sondern auch eine unmittelbar räumlich-siedlungsstrukturelle Differenz.

Zweitens erweist sich der private Pkw-Bestand je 100 Einwohner als besonders trennscharf. Er korreliert mit der CSU mit $r = +0,912$, dagegen mit Linken $-0,845$, Volt $-0,795$ und Grünen $-0,731$. Das präzisiert das CSU-Profil: Ihre Stärke hängt weniger mit hohem Einkommen schlechthin zusammen als mit einem weniger verdichteten, stärker familialen, eigentums- und automobilitätsorientierten Sozialraum. Der Pkw-Indikator ist dabei nicht als Ursache des Wahlverhaltens zu lesen, sondern als verdichteter Marker einer bestimmten Lebens- und Siedlungsform.

Auch die Haushaltsformen schärfen die Trennlinie. Einpersonenhaushalte korrelieren stark mit Volt (+0,861), Grünen (+0,841) und Linken (+0,690), aber negativ mit CSU (-0,816) und AfD (-0,764). Haushalte mit minderjährigen Kindern zeigen weitgehend das Gegenmuster. Damit wird die bisherige Typologie einer jungen, singlegeprägten urbanen Kernstadt empirisch deutlich bestätigt und zugleich die strukturelle Konkurrenz von Grünen und Volt im gleichen Sozialraum sichtbar.

Die zweite Vollprüfung der Stadtbezirksdaten erweitert die bisherige Single-/Familien-Differenzierung zu einer breiteren Achse urbaner Individualisierung versus familialer Verstetigung. Der Ledigenanteil korreliert besonders stark mit Volt ($r = +0,913$), während der Verheiratetenanteil nahezu spiegelbildlich negativ mit Volt ($r = -0,911$) und positiv mit dem konservativ-familialen Feld zusammenhängt. Auch Vier- und Mehrpersonenhaushalte zeigen starke Gegenmuster zu Grünen und Volt. Damit ist die Haushalts- und Lebensform neben Dichte und Pkw-Besitz eine eigenständige Dimension der Münchner Wahlgeographie.

Eine zusätzliche dynamische Dimension liefert die innerstädtische Wandermobilität. Fortzüge in andere Münchner Stadtbezirke je 1.000 Einwohner korrelieren mit Volt $r = +0,788$ und ebenfalls deutlich mit den Grünen. Die besonders urban-progressiven Bezirke sind damit nicht nur dichter und singlegeprägter, sondern auch stärker von Lebensphasenmobilität geprägt. Dieser Befund ergänzt die statische Sozialraumtypologie, ohne ihre Grundstruktur zu ändern.

4.8 Berufsklassen und Fraktionen der Lohnabhängigen

Die eigene Wahlanalyse versucht die räumlichen Befunde außerdem mit dem Berufsklassenmodell von Oesch zu verbinden. Diese Zuordnung ist interpretativ und keine Individualstatistik. Sie legt jedoch eine wichtige Differenzierung nahe: Selbständige, Kapital- und Vermögenseinkommen sowie sehr hohe Einkommen sind räumlich eher mit CSU und Grünen verbunden; freiberufliche und expertische Milieus besonders mit den Grünen; mittlere Angestellten- und Fachkräftelagen bleiben stärker zwischen SPD, CSU und Grünen umkämpft; niedrigere Dienstleistungs- und Produktionslagen sind eher für SPD, Linke und AfD offen.

Für eine sozialdemokratische Strategie ist die weitere Aufgliederung der Lohnabhängigen besonders wichtig. Die eigene Analyse unterscheidet Produktionsarbeiter, Dienstleistungsarbeiter, Büroberufe, technische Beschäftigte und soziokulturelle Beschäftigtengruppen. Produktions- und Dienstleistungsarbeit bildet eher ein Konkurrenzfeld von SPD, Linken und AfD. Büroberufe liegen stärker im Wettbewerb zwischen SPD, CSU und Grünen. Technische Beschäftigtengruppen sind eher für Grüne und CSU anschlussfähig; soziokulturelle Berufe besonders für Grüne und Linke. Diese Differenzierung erklärt, warum eine moderne SPD nicht mit einer einzigen klassenspezifischen Ansprache auskommen kann.

Gerade hier ergänzt die eigene Wahlanalyse den Oesch-Befund. Oesch et al. zeigen, dass Associate Professionals und Technicians sowie Professionals und Managers in München stark gewachsen sind. Die Wahlgeographie legt nahe, dass diese wachsenden qualifizierten Gruppen politisch keineswegs geschlossen sind. Für die SPD entsteht daraus eine doppelte Aufgabe: Sie muss in den unteren und mittleren lohnabhängigen Gruppen gegen Linke und AfD Bindungskraft zurückgewinnen und zugleich Teile der qualifizierten und akademischen Arbeitnehmermilieus gegen Grüne und CSU ansprechen.

4.9 Fünf Sozialräume: die räumliche Verdichtung der Wahlanalyse

Aus der Kombination der Indikatoren entwickelte die eigene Wahlanalyse fünf heuristische Sozialräume. Diese Typologie ist keine amtliche Klassifikation, sondern verdichtet die Bezirksmuster zu politisch interpretierbaren Räumen.

Erstens die junge grüne Single-Innenstadt: Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt, Maxvorstadt, Schwabing-West, Au-Haidhausen, Schwanthalerhöhe und mit Einschränkungen Sendling. Hohe Singlequoten, jüngere Bevölkerung, hohe Akademikeranteile und starkes kulturelles Kapital verbinden sich hier mit besonders hohen Ergebnissen der Grünen sowie relevanten Anteilen von Linken und Volt. Diese Räume bilden den Kern der kulturell progressiven urbanen Wahlkoalition.

Zweitens die bürgerlich-älteren und stärker eigentumsorientierten Räume: insbesondere Bogenhausen, Pasing-Obermenzing, Allach-Untermenzing, Teile von Thalkirchen-Obersendling-Forstenried-Fürstenried-Solln und Altstadt-Lehel. Hier spielen Eigentum, ökonomisches Kapital, höheres Alter und Statussicherung eine größere Rolle. Die CSU besitzt in diesen Räumen ihre stabilsten Hochburgen.

Drittens die sozial gemischte SPD-Zwischenzone: Laim, Sendling-Westpark, Berg am Laim, Moosach, Hadern und teilweise Neuhausen-Nymphenburg. Diese Bezirke kombinieren mittlere Einkommen, viele Mieterhaushalte, heterogene Berufsgruppen, mittlere bis höhere Migrationsanteile und eine starke Abhängigkeit von kommunaler Infrastruktur. Hier bleibt die SPD am ehesten konkurrenzfähig, ohne noch zu dominieren. Gerade diese Räume sind für eine Strategie bis 2032 zentral.

Viertens die hochdiversen Konflikt- und Integrationsräume: Milbertshofen-Am Hart, Ramersdorf-Perlach, Feldmoching-Hasenberg, Aubing-Lochhausen-Langwied und teilweise Berg am Laim. Hohe soziale Heterogenität, unterschiedliche Beschäftigtenlagen, Migration und teilweise niedrige Wahlbeteiligung erzeugen einen multipolaren Wettbewerb zwischen SPD, CSU, AfD, Linken und Grünen. Die SPD ist dort konkurrenzfähig, wird aber gleichzeitig von mehreren Seiten herausgefordert.

Fünftens hybride Übergangszonen wie Schwabing-Freimann, Untergiesing-Harlaching, Trudering-Riem, Neuhausen-Nymphenburg und Teile von Altstadt-Lehel. Sie verbinden Merkmale mehrerer Sozialräume und zeigen, dass München nicht durch ein einfaches Zentrum-Peripherie- oder Reich-Arm-Schema beschrieben werden kann.

4.10 Parteienprofile aus der eigenen Wahlanalyse

Die SPD erscheint in dieser Wahlgeographie als Partei der sozialen und räumlichen Zwischenlagen. Sie ist in gemischten Bezirken relativ stark, in denen kommunale Problemlösung, soziale Sicherheit und pragmatische Politik besonderes Gewicht besitzen. Sie verliert dort, wo urbane Modernität kulturell stark grün geprägt ist, und sie dominiert auch dort nicht, wo Eigentum, Ordnung und Status die CSU begünstigen. 2026 verlor sie in allen Stadtbezirken. Sie ist damit eine Partei ohne eigenen dominanten Sozialraum.

Das ist mehr als eine vorübergehende Schwächephase. Die SPD kann die unterschiedlichen städtischen Berufs- und Milieulagen derzeit nicht mehr in dem Maße politisch integrieren wie in ihrer früheren Hegemoniephase. Ihre potentielle Rolle liegt zwischen grünem Kulturprogressivismus, konservativer Status- und Eigentumsorientierung sowie linker und rechter Konfliktmobilisierung: eine sozialstaatlich-pragmatische Großstadtpolitik. Diese politische Mitte existiert weiterhin, ist aber nicht mehr hegemonial.

Die Grünen bleiben trotz ihrer Verluste die stärkste Partei des kulturell aufgewerteten postindustriellen München. Sie dominieren viele innere, bildungsnahe und kosmopolitisch geprägte Bezirke. Ihre Grenze liegt in status-, eigentums- und alltagsorientierten Randlagen; zugleich werden sie innerhalb ihres eigenen progressiven Feldes durch Linke und Volt herausgefordert.

Die CSU ist die Partei des ökonomisch und statusmäßig gefestigten, ordnungs- und eigentumsorientierten München. Sie ist in gehobenen bürgerlichen Bezirken stark, in mehreren Außenbezirken führend und in aufgewerteten Übergangsräumen konkurrenzfähig.

Ihre räumliche Verankerung ist breiter und stabiler als die der SPD, ohne dass daraus bereits eine gesamtstädtische Hegemonie folgt.

Die Linke besetzt ein urban-soziales Fenster: Sie ist dort stark, wo Mietendruck und Verteilungsfragen mit kulturell progressiven Großstadtmilieus zusammentreffen. Volt organisiert ein kleineres, hochgebildetes und europäisch-liberales Segment, vor allem in innerstädtischen Bezirken, und gewann 2026 besonders aus dem früheren Grünen-Potential. Die AfD ist stärker in statusunsicheren, ordnungsorientierten Rand- und Mischlagen und gewann in der amtlichen Wanderungsanalyse besonders aus früherem CSU-Potential. Die FDP verbleibt in einem schmalen bürgerlich-liberalen Korridor wohlhabender und teilweise innerstädtischer Bezirke.

4.11 Verbindung von Wahlanalyse, Oesch und amtlicher Wahlstatistik

In der Zusammenschau ergänzen sich die drei Analyseebenen: Oesch et al. zeigen den langfristigen Wandel der Berufsstruktur, die eigene Wahlanalyse dessen sozialräumliche politische Differenzierung und die amtliche Stimmenwanderung die konkreten Bindungs- und Mobilisierungsmuster von 2026.

Die Hegemoniekrise der SPD lässt sich damit als Verbindung von Strukturwandel, politischer Segmentierung und Mobilisierungsschwäche bestimmen. Sie verfügt in keinem Sozialraum mehr über eindeutige Dominanz und schöpft selbst in vergleichsweise günstigen Räumen ihr Potential nicht vollständig aus.

Gerade daraus ergibt sich die strategische Bedeutung der sozial gemischten Zwischen- und Integrationsräume. Milbertshofen-Am Hart, Moosach, Berg am Laim, Laim, Ramersdorf-Perlach, Sendling-Westpark und Hadern sind Beispiele für Bezirke, in denen mittlere Einkommen, Mietorientierung, heterogene Beschäftigtenstrukturen und eine hohe Abhängigkeit von öffentlicher Infrastruktur zusammentreffen. Dort ist die SPD noch relativ stark, zugleich aber die Wahlbeteiligung teilweise unterdurchschnittlich. Diese Kombination eröffnet ein reales Mobilisierungs- und Wachstumspotential.

Die empirische Analyse spricht deshalb weder für eine bloße Anpassung an die Grünen noch für eine nostalgische Rückkehr zur Industriearbeiterpartei. Eine erfolgversprechende sozialdemokratische Strategie müsste eine Allianz urbaner Alltagsklassen bilden: Beschäftigte in Bildung, Pflege, Sozialarbeit und Verwaltung; mittlere Angestellte, Techniker, Handwerker und Facharbeiter; Beschäftigte in Einzelhandel, Logistik, Gastronomie und privaten Dienstleistungen; dazu Teile der hochqualifizierten Arbeitnehmermittelschichten. Ihr gemeinsamer Bezugspunkt liegt weniger in identischen kulturellen Einstellungen als in der Abhängigkeit von bezahlbarem Wohnen, ausreichenden Einkommen, Zeit, öffentlicher Infrastruktur und funktionierenden kommunalen Dienstleistungen.

4.12 Zwischenfazit: eine empirisch präzierte Hegemoniekrise

Die Münchner SPD ist nicht einfach deshalb schwächer geworden, weil ihre frühere Arbeiterbasis geschrumpft ist. Das starke berufliche Upgrading bei fortbestehender sozialer Heterogenität hat die Aufgabe politischer Integration vielmehr anspruchsvoller gemacht.

Die erweiterte Vollprüfung bestätigt zudem, dass zusätzliche Alters-, Geburten-, Religions- und Infrastrukturvariablen die Grunddiagnose nur begrenzt verändern. Wo neue Information entsteht, betrifft sie vor allem Lebensform und räumliche Mobilität. Die Hauptachsen bleiben soziale Lage, urbaner Verdichtungsgrad, Haushalts-/Familienform und politische Mobilisierung.

Die neuen Indikatoren verändern die Grunddiagnose nicht, schärfen sie aber: Die Münchner Wahlgeographie wird nicht nur durch Einkommen, Bildung und soziale Belastung strukturiert, sondern ebenso durch Siedlungsdichte und Haushalts-/Mobilitätsform. Damit erscheinen die Parteimilieus stärker als unterschiedliche urbane Lebensmodelle. Für die SPD folgt daraus,

dass ihre Zwischenposition nicht durch die Übernahme eines grünen oder konservativen Lebensstilprofils überwunden werden kann, sondern durch die politische Verbindung der materiellen Interessen unterschiedlicher Lebensformen.

Neu gegenüber der bisherigen Diagnose ist vor allem die Kombination von ökonomischer Lage und Mobilisierung: Die SPD ist relativ stärker in Stadtbezirken, deren soziale Struktur für eine sozialdemokratische Ansprache günstiger erscheint, deren Wahlbeteiligung aber tendenziell niedriger ist. Die Grünen verbinden dagegen ihre sozialstrukturell günstigen urbanen Milieus mit überdurchschnittlicher Mobilisierung. Die Hegemoniekrise der SPD ist deshalb nicht nur eine Frage veränderter Klassen- und Berufsstrukturen, sondern auch eine asymmetrische Mobilisierungskrise.

Die Stimmenwanderung ergänzt diesen Befund um eine organisatorische Dimension: Der Hegemonieverlust ist zugleich eine Bindungs- und Mobilisierungskrise.

Daraus ergeben sich drei zentrale Herausforderungen: auf die veränderte Sozialstruktur reagieren, in politisch offenen Räumen neue lokale Verankerung schaffen und vorhandene sozialdemokratische Potentiale wieder dauerhaft mobilisieren.

Methodische Robustheit: Die zentralen bivariaten Muster wurden zusätzlich mit Spearman-Rangkorrelationen auf ihre Richtung und Stabilität geprüft. Auf ein umfangreiches multivariates Regressionsmodell wird bewusst verzichtet: Bei nur 25 Stadtbezirken und stark miteinander zusammenhängenden Strukturmerkmalen (etwa Dichte, Einpersonenhaushalte, Pkw-Besitz, Alter und Familienform) würde ein Modell mit vielen Prädiktoren leicht überangepasst und scheinpräzise Ergebnisse erzeugen. Die Korrelationen werden deshalb als sozialräumliche Zusammenhangsbefunde und nicht als kausale Effekte interpretiert.

Quellen für Abschnitt 4: Ernst Wolowicz: „Wahlanalyse Stadtratswahl München 8. März 2026“ (eigene Auswertung der 25 Münchner Stadtbezirke); Statistisches Amt der Landeshauptstadt München, Kommunalwahl 2026; Einkommensteuerstatistik 2021; Stadtbezirksdaten 2025 zu Bevölkerung, Dichte, Alter und Bevölkerungsquotienten, Staatsangehörigkeit, Migrationshintergrund, Familienstand, Religion, Haushaltsgröße und -typ, Geburten/Sterbefällen, Wanderungsbewegungen, Arbeitslosigkeit, Regelleistungsbezug, Pkw-Bestand sowie Bau- und Wohnungswesen; eigene Pearson- und Spearman-Korrelationsberechnungen für die 25 Stadtbezirke; Daniel Oesch, Katy Morris und Gina-Julia Westenberger (2025): „Polarised upgrading“, Journal for Labour Market Research 59, Art. 32. Alle Korrelationsaussagen sind ökologische Bezirksbefunde und erlauben keine Aussagen über individuelles Wahlverhalten oder Kausalität.

Schluss

Die Münchner SPD kann ihre frühere Stellung nicht dadurch zurückgewinnen, dass sie das politische und soziale München von 2008 rekonstruiert. Die Stadt von 2026 besitzt eine andere Berufsstruktur, andere Milieus, andere Konflikte und ein stärker pluralisiertes Parteiensystem. Der Verlust sozialdemokratischer Hegemonie ist deshalb nicht allein Ergebnis einzelner Fehler, sondern Ausdruck einer langfristigen Veränderung des gesellschaftlichen Terrains, auf das die SPD bislang keine ausreichend überzeugende neue Antwort gefunden hat.

Die strategische Aufgabe der Münchner SPD besteht deshalb nicht darin, ihre frühere Hegemonie einfach wiederherzustellen, sondern unter den veränderten sozialen Bedingungen der Stadt eine neue gesellschaftliche Mehrheitskoalition aufzubauen. Ob dies gelingt, hängt davon ab, ob sie unterschiedliche Gruppen erneut um ein glaubwürdiges gemeinsames Projekt verbinden und dieses Projekt im Alltag der Stadt dauerhaft organisatorisch verankern kann.

Die Analyse liefert kein Patentrezept. Sie markiert vielmehr Ansatzpunkte für einen langfristigen Wiederaufbau politischer Bindung und gesellschaftlicher Führungsfähigkeit.

Empirische Quellen und methodische Abgrenzung

1. Oesch, Daniel; Morris, Katy; Westenberger, Gina-Julia (2025): Polarised upgrading: the changing occupational structure of large cities in Germany and the UK, 1991–2021. *Journal for Labour Market Research* 59, Artikel 32. DOI 10.1186/s12651-025-00420-2.

2. Statistisches Amt der Landeshauptstadt München (2026): Stadtratswahl 2026 – amtliche Endergebnisse für Gesamtstadt und Stadtbezirke; Analyse der Wählerwanderungen zwischen den Stadtratswahlen 2020 und 2026; Stamm- und Wechselwählende; WahlAtlas und Strukturindikatoren.

3. Wolowicz, Ernst (2026): Wahlanalyse Stadtratswahl München 8. März 2026. Eigene Auswertung der Ergebnisse der 25 Münchner Stadtbezirke; ökologische Korrelationen zwischen Wahlergebnissen und Einkommens-, Einkunfts-, Bildungs-, Transfer-, Migrations-, Alters- und Haushaltsindikatoren. Diese Aggregatbeziehungen dürfen nicht als unmittelbare Aussagen über individuelles Wahlverhalten interpretiert werden. Die fünf Sozialräume sind eine heuristische Typologie, keine amtliche Klassifikation.

Autor: Dr. Ernst Wolowicz

Erstellungsdatum: 29.08.2026

KI-Erklärung: KI wurde unterstützend für sprachliche Überarbeitung und Konsistenzprüfung eingesetzt; die inhaltliche Verantwortung liegt beim Autor.